

Helmut Wiegers

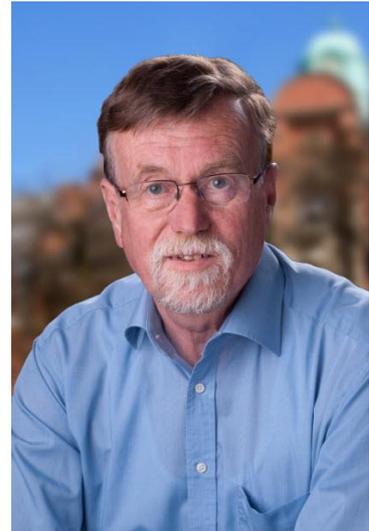
Kandidatur für den Kreistag in Stade und den Rat der Hansestadt Buxtehude.

1. Persönliche Daten:

Geboren 1947 in Buxtehude-Alt Kloster. Wohnsitz in Buxtehude-Alt Kloster. Verheiratet, 3 Kinder, 4 Enkelkinder.

2. Ausbildungen und beruflicher Werdegang:

- Gelernter Maurergeselle.
- Selbstfinanziertes Studium, Diplomingenieur.
- Seit 2011 Oberbaurat im Ruhestand.



3. Politische Orientierung:

Ca. von 1968 bis 1986 Mitglied der SPD in Buxtehude. Ab 1986 bis 2013 keine politischen Aktivitäten. Seit April 2013 Mitglied der AfD. Gründungsmitglied des AfD-Kreisverbandes Stade, Mitglied des Vorstandes und Gründungsmitglied des Landesverbandes in Niedersachsen.

4. Persönliche Grundeinstellung:

Der demokratische Rechtsstaat Bunderepublik Deutschland muss endlich wieder funktionsfähig gemacht werden. Es reicht nicht, dass Gesetze nur auf dem Papier stehen, sie müssen auch wieder uneingeschränkt Anwendung finden. Der ständig steigenden Kriminalität muss mit allen Mitteln Einhalt geboten werden.

Weiter ist die Chancengleichheit, insbesondere bei der Bildung, für mich eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft. Gleichmacherei, Vetternwirtschaft, Quotenregelungen und Parteienfilz sind dagegen ein Grundübel, welches es mit allen legitimen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Was mir persönlich ganz besonders am Herzen liegt, ist der Respekt vor der Leistung der Menschen, die dieses Land wieder aufgebaut haben und derjenigen, die durch ehrliche Arbeit dieses Land am „Laufen“ halten. Das sind nicht nur die ganz oben auf der sozialen Leiter, sondern auch die in der Mitte und die ganz unten in der Einkommensskala. Wer seinen persönlich möglichen Beitrag leistet, verdient dafür uneingeschränkte Anerkennung. Eine angemessene Entlohnung und Altersversorgung müssen für diese Menschen wieder eine Selbstverständlichkeit werden.

Der mangelnde Respekt vor der Arbeit der Polizei, der Feuerwehren und Rettungsdienste hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Wenn hier nicht ganz schnell und hart gegengesteuert wird, ist der Rechtsstaat am Ende.